



iran-report

Nr. 04/2007

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Frauen demonstrieren für Gleichberechtigung / Journalisten festgenommen / Verbot der Tageszeitung Schargh aufgehoben / Bahais zum Studium nicht zugelassen / Ex-Minister in Westen übergelaufen / 467 Verkehrstote während der Neujahrsfeiertage / Geldschein mit Atomzeichen

II. Wirtschaft

Konflikt mit Iran treibt Ölpreis in die Höhe / Russland zieht Atomexperten aus Iran ab / Uhde und Lurgi rüsten iranische Raffinerie auf / Total-Chef wegen Korruption verhört / Iran liefert Erdgas nach Armenien / China zahlt iranisches Öl verstärkt mit Euro statt mit Dollar / Iranische Uran-Vereinbarung mit Frankreich

III. Außenpolitik

Das Ende einer Affäre / Reaktionen aus den USA auf die Gefangennahme britischer Marinesoldaten / Iranischer Freitagsprediger: Großbritannien ist Marionette der USA / Moskau fordert unabhängige UN-Untersuchung zum Marine-Vorfall / Trotz Sanktionen hält Teheran an Atomprogramm fest / Ex-Außenminister Kissinger fordert Abkommen mit Iran / SPD-Politiker Klose rechnet mit atomarer Aufrüstung Irans / Israelischer Minister wirft Europa Beschwichtigung im Atomstreit vor / Zentralbank: Iran kann UN-Sanktionen standhalten / Atombehörde fordert Kameras in Atomanlage / Gerücht eines iranischen Angriffs auf US-Schiff sorgte weltweit für Aufregung / Russische Agentur: USA schließen Vorbereitungen für Angriff auf Iran ab / Saudi-Arabien warnt Iran vor möglichem US-Angriff / Umfrage: USA gefährlicher als Iran



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2007 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern zum iranischen Neujahr viel Glück und Spaß und hoffen, dass das iranische Volk nach all den schweren Jahren nun endlich seinen Weg in die Freiheit und zu einem menschenwürdigen Leben findet.

Innenpolitik

Frauen demonstrieren für Gleichberechtigung

33 Frauen wurden bei einer Kundgebung am 4. März in Teheran festgenommen. Der Protest der rund hundert Frauen und Männer, die sich vor dem Revolutionsgericht versammelt hatten, richtete sich gegen die Einbestellung von fünf bekannten Frauenrechtlerinnen, die vom Untersuchungsrichter verhört werden sollten. Diesen Frauen, die im vergangenen Juni an einer Kundgebung teilgenommen hatten, wird vorgeworfen, öffentlichen Aufruhr gestiftet, die nationale Sicherheit des Landes gefährdet und Grundsätze der islamischen Moral und Ethik missachtet zu haben.

Bei der damaligen Kundgebung hatten einige hundert Frauen und Männer gegen die Missachtung der Rechte der Frauen demonstriert. Aus dieser Protestkundgebung wurde damals die Idee geboren, eine Kampagne zur Sammlung von einer Million Unterschriften für Gleichberechtigung zu starten.

Die Umsetzung der Idee stieß zunächst auf Schwierigkeiten. Denn es war nicht einfach, die zahlreichen Frauenorganisationen, deren Ziele und Vorstellungen von Frauenemanzipation zum Teil weit voneinander entfernt liegen, unter einen Hut zu bringen. Die einen möchten die Gleichberechtigung im Rahmen des Islam erreichen, während andere vorbei an der Religion oder auch gegen sie mit allen Tabus aufräumen und die Probleme einer von Männern dominierten Gesellschaft an den Wurzeln packen wollen. Es bedurfte Monate langer Diskussionen und Verhandlungen, bis man sich darauf einigte, sich auf Gesetze zu konzentrieren, die Frauen benachteiligen und deren Abschaffung zu verlangen.

Seit einigen Monaten läuft nun die „Kampagne eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung“. Im ganzen Land sind Hunderte von Frauen unterwegs, sie gehen von Haus zu Haus,

sprechen die Leute auf den Straßen, in den Bussen und Sammeltaxis an, gehen zu Zeitungsredaktionen, zu den Moscheen, Hochzeits- und Trauerfeiern, kurz überall dort hin, wo sie Frauen antreffen können.

Bei der Kampagne, die bislang erfolgreich läuft, geht es in erster Linie nicht um die islamischen Kleidungsvorschriften, die gewöhnlich in den westlichen Medien als Wahrzeichen der Unterdrückung der Frauen in islamischen Ländern dargestellt werden. Weit wichtiger sind für die Frauen Rechte wie das Scheidungsrecht, das Sorgerecht, die Abschaffung der Polygamie oder das unterschiedliche Mindestalter der Strafbarkeit für Mädchen und Jungen. Nach geltendem Recht sind die Mädchen bereits mit 9 Jahren straffähig, die Jungen mit 15 Jahren.

Über die Kampagne wird auf der gemeinsamen Homepage, die die Frauenorganisationen eingerichtet haben, kontinuierlich berichtet. Dabei werden die bestehenden Gesetze und die gesellschaftliche Stellung der Frauen in Iran gründlich analysiert. Die Homepage wurde mehrmals gefiltert, aber schon am nächsten Tag eine neue eingerichtet. Die aktuellste Adresse ist: info@herandmag.com, aufrufen kann man sie unter: <http://www.herandmag.info/weblog/>. Hier sind auch Texte in englischer Sprache zu lesen.

Für das Regime ist es äußerst schwer, der Kampagne beizukommen. Wie soll es verhindern, dass Frauen auf der Straße Leute ansprechen oder Hausbesuche machen?

Die Demonstration am 4. März bot den Ordnungshütern und Geheimdienstlern offensichtlich eine willkommene Gelegenheit, einige aktive Frauen festzunehmen. Zunächst wurden die Versammelten aufgefordert, auseinander zu gehen. Dann wurden sie von Polizisten und Beamten in Zivil angegriffen und verprügelt. „Wir werden euch alle an den Bäumen aufhängen“, zitierte eine Teilnehmerin einen Beamten, der wütend um sich schlug und dabei einige Teilnehmer verletzte. Als die Versammelten sich immer noch auf das in der Verfassung verankerte Recht zu friedlicher Versammlung beriefen, wurden 33 von ihnen in Polizeiwagen hineingeworfen und zunächst zur Haftanstalt für sittenwidriges Verhalten und danach zum

Eviner Gefängnis in die Abteilung 200 gebracht, die dem Geheimdienst untersteht.

Die Festnahmen riefen in Iran, aber auch international Proteste hervor. Am 5. März haben sich einige Hundert Studenten in Teheran zur Solidarität mit dem Protest der Frauen versammelt und die sofortige Freilassung der Festgenommenen gefordert. Am gleichen Tag veröffentlichten 620 Kulturschaffende, Politiker, Journalisten und Rechtsanwälte einen offenen Brief an den Justizchef Haschemi Schahrudi. Darin haben sie auf das in der Verfassung verankerte Versammlungsrecht und auf die Konvention der Menschenrechte hingewiesen, die auch Iran unterzeichnet hat. Sie protestierten gegen die unrechtmäßige Festnahme der Frauen und forderten ihre Freilassung.

Auch zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen meldeten sich protestierend zu Wort. Dem schlossen sich auch Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Die Frauen von Bündnis 90/Die Grünen schickten eine Grußbotschaft und bekundeten ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der iranischen Frauen.

Die Proteste zeigten offenbar ihre Wirkung. Wenige Tage nach der Verhaftung wurden bis auf drei alle Frauen gegen hohe Kautionen aus der Haft entlassen. Wie Nasrin Afzali in einem Interview mit dem Online-Magazin Adwar News nach ihrer Freilassung berichtete, handelt es sich bei den drei Frauen Schadi Sadr, Mahbubeh Abbasgholi und Jila Baniyaghub um prominente Aktivistinnen, die die Verantwortung für die Kundgebung ebenso wie für den Aufruf zu einer Kundgebung am internationalen Frauentag übernommen hatten. Auch diese Frauen kamen gegen Hinterlegung einer ungewöhnlich hohen Kaution zwei Tage vor dem iranischen Neujahrsfest frei.

Die Aktivitäten der Frauen im Iran, die die Speerspitze der weit entwickelten iranischen Zivilgesellschaft bilden, erfassen immer größere Kreise. Vor allem ihre „Kampagne eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung“, hat landesweit Frauen zum Kampf für ihre Rechte mobilisiert. Im Gegensatz zu vielen islamischen Staaten ist es im Iran Frauen gelungen, ihre Position in der Gesellschaft immer weiter auszubauen. Heute bilden Frauen sech-

zig Prozent der Studierenden. Es gibt bereits mehr Akademikerinnen als Akademiker, was einige Abgeordnete im Parlament dazu veranlasst hat, eine Quotenregelung zu beantragen, die den Anteil der Frauen an den Universitäten auf höchstens fünfzig Prozent beschränken soll. Doch trotz dieser Position sind Frauen rechtlich betrachtet auf allen Ebenen im Nachteil, beim Sorgerecht, Familienrecht, Erbrecht, Scheidungsrecht und dergleichen mehr. Die „Kampagne eine Million Unterschriften“ soll diesen Zustand abschaffen. Es ist ein zäher Kampf, den die Frauen seit der Machtübernahme der Islamisten im Iran führen. Von ihrem Ziel sind sie noch weit entfernt, sie kommen ihm aber trotz starker Repressionen schrittweise näher.

Aus der Sicht der Islamisten ist die Frauenbewegung, die inzwischen zahlreiche Frauenorganisationen umfasst und an der auch islamische Frauen stark beteiligt sind, eine große Gefahr. Denn sie richtet sich gegen die verkrusteten Moralvorstellungen der Islamisten, verbreitet den Ruf nach Freiheit und Menschenrechten und stärkt die Zivilgesellschaft.

Bedauerlicherweise wird diese Zivilgesellschaft, die inzwischen weit entwickelt ist, von westlichen Medien kaum wahrgenommen. Die systematische Dämonisierung des Islam wirft einen Schatten auf jene Millionen von Menschen, die im Iran nach Freiheit und Demokratie streben. Es sind nicht nur die Frauen, die nach Gleichberechtigung verlangen. Die iranische Jugend, die über 50 Prozent der Bevölkerung bildet, hat längst den Islamisten den Rücken gekehrt. Sie will frei sein, sie will am Leben Spaß haben und ihre Begabungen frei entfalten. Unzählige Intellektuelle, Schriftsteller, Filmemacher, Künstler und Journalisten kämpfen erbittert gegen die rigorose Zensur. Die Bestrebungen, den Islam zu reformieren und ihn an den Erfordernissen der Zeit anzupassen, sind im Iran viel weiter verbreitet, als in jedem anderen islamischen Land. Diese Gesellschaft ist nicht identisch mit den Radikalislamisten um Ahmadineschad. Das Regime versucht, durch Repressionen die Menschen zum Schweigen zu bringen. Doch die Mühe ist vergeblich. Die Menschen lassen sich nicht mehr einschüchtern, es sei denn durch Angriffe von außen. Diejenigen Mächte, die ihre Waffen gegen Iran richten, sollten spätestens nach den Erfahrun-

gen in Afghanistan und im Irak endlich gemerkt haben, dass Demokratie sich niemals von außen einbomben lässt, sie muss sich aus der Gesellschaft selbst entwickeln. Im Iran bietet die Zivilgesellschaft eine Basis, die durch Drohungen, Sanktionen und Krieg zerstört und zum Schulterchluss mit dem Regime gezwungen werden könnte.

Journalisten festgenommen

Die iranische Staatssicherheit hat mehrere Journalisten festgenommen, die angeblich Geld aus dem Ausland erhalten haben sollen. Die Festgenommenen hätten gestanden, Geld genommen zu haben, um Material zu veröffentlichen, das gegen die Sicherheitsinteressen des Landes gerichtet sei, meldete die Nachrichtenagentur IRNA am 4. März unter Berufung auf das Geheimdienstministerium. Zur Zahl der festgenommenen Journalisten wurden keine Angaben gemacht. Auch ging aus der Meldung nicht hervor, wo genau die Festnahmen erfolgten. Die betreffenden Journalisten wurden als Separatisten bezeichnet.

Verbot der Tageszeitung Schargh aufgehoben

Iranische Behörden haben das Verbot der liberalen Zeitung „Schargh“ aufgehoben. Das Blatt könne schon bald wieder erscheinen, zitierte die Nachrichtenagentur IRNA am 11. März den Geschäftsführer der Zeitung, Mehdi Rahmanian. So unklar das Verbot war, so unklar ist, mit welcher Begründung das Gericht das Verbot aufgehoben hat. Politische Beobachter sind der Meinung, dass die Freigabe dem Machtzuwachs des Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandschani zuzuschreiben ist. Schargh gehörte zu jenen Zeitungen, die politisch bei Rivalitäten zwischen Ahmadi-nedschad und Rafsandschani eher Rafsandschani unterstützten. Die Zeitung war im September vergangenen Jahres unter vagen Vorwürfen wie Gotteslästerung und Beleidigung von hohen Amtsträgern geschlossen worden.

Bahais zum Studium nicht zugelassen

Nach Angaben des internationalen Büros der Bahais bei den Vereinten Nationen in New York erhielten im laufenden Studienjahr landesweit an sämtlichen Universitäten, Hochschulen und Berufs-

schulen insgesamt 369 Bewerber und Bewerberinnen, die zu den Bahais gehören, die Zulassung. Doch 191 von ihnen sei die Aufnahme verweigert worden. Mindestens sieben andere Bahais seien nach der Feststellung ihrer Religionszugehörigkeit vom Studium ausgeschlossen worden.

Laut Angaben der BBC habe das Büro der Bahais dem Sender die Kopie eines Schreibens vorgelegt, woraus hervorgeht, dass es gemäß eines Beschlusses des Obersten Rats der Kulturrevolution und einer Anweisung des Geheimdienstministeriums den Bahais nicht erlaubt sei, an Universitäten und anderen Lehranstalten zu lernen. Bewerber, die den Bahais angehören, sollen strikt abgewiesen werden. Sollte ein Bahai versehentlich eingeschrieben worden sein, müsse der Betreffende nach der Feststellung seiner Religionszugehörigkeit exmatrikuliert werden.

Ex-Vizeminister in Westen übergelaufen

Der frühere iranische Vize-Verteidigungsminister Resa Asgari ist in den Westen übergelaufen. Das berichtete die Washington Post in ihrer Ausgabe vom 8. März unter Berufung auf einen hohen US-Regierungsbeamten. Asgari kooperiere bereitwillig mit westlichen Geheimdiensten. Informationen darüber, wo sich Asgari befindet oder wer genau ihn befragt, gab es nicht.

Es wird vermutet, dass der Ex-Minister zahlreiche militärische Geheimnisse kennt und möglicherweise auch Angaben zum iranischen Atomprogramm machen kann. Der US-Regierungsbeamte sagte der Zeitung allerdings, Asgari werde nicht zum Nuklearprogramm befragt.

Arabischen Medien zufolge war Asgari am 7. Februar in die Türkei gereist und nur wenige Stunden nach seiner Ankunft in Istanbul untergetaucht. Dann habe er Asyl in den USA beantragt. Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki hatte erklärt, Asgari sei „spurlos verschwunden“. Die Türkei sei für sein „Schicksal“ verantwortlich. Asgari war bis Anfang 2005 Mitglied der iranischen Regierung.

Die Behauptung, Asgari sei freiwillig zum Westen übergelaufen, wird allerdings auf iranischer Seite bezweifelt. Dort wird eher angenommen, dass der Ex-General entweder vom US-Geheimdienst oder vom israelischen

Mossad entführt worden ist. Irans Polizeichef Esmail Ahmadi-Moghaddam sagte, der General werde seit seiner privaten Reise Anfang Februar vermisst. Möglicherweise sei er wegen seines Hintergrunds als früherer Geheimnisträger von Agenten verschleppt worden.

Andere Medienberichte stellten einen Zusammenhang zum iranischen Atomprogramm her, aber auch zum Fall des seit gut 20 Jahren vermissten israelischen Militärpiloten Ron. Der 63-jährige Asgari sei drei Tage nach seiner Ankunft in der Türkei verschwunden, sagte Ahmadi-Moghaddam. Es gebe keine Anzeichen, dass er tot sei oder in einem Krankenhaus liege. Die türkische Zeitung „Hürriyet“ berichtete, der Ex-Vizeminister sei verschwunden, nachdem er am 7. Februar in einem Istanbul Hotel abgestiegen sei. Sein Zimmer hätten einen Tag zuvor zwei Ausländer für ihn reserviert und bar bezahlt. Der türkische Geheimdienst und die Polizei hätten die Erkenntnis gewonnen, dass Asgari sich gegen die iranische Regierung gewandt habe und über Informationen zu den Atomplänen seines Landes verfüge, schrieb Hürriyet unter Berufung auf ungenannte Behördenvertreter.

Israel hat eine Beteiligung des Mossad an der Affäre bestritten. Die israelische Zeitung „Maariv“ berichtete, der Geheimdienst habe den Schutz für Vertreter des israelischen Staates im Ausland trotzdem erhöht, weil er wegen dieser Spekulationen Racheakte befürchtet.

467 Verkehrstote während der Neujahrsfeiertage

Alljährlich gibt es während der Feiertage zum iranischen neuen Jahr (21. März) zahlreiche Verkehrstote. Laut Angaben der Polizei fielen in der Woche vor und der Woche nach dem Neujahrstag 467 Menschen den Verkehrsunfällen zum Opfer. Ihre Zahl war im Vergleich zum Vorjahr (552) deutlich niedriger.

Hossein Zolfaghari, stellvertretender Kommandant der iranischen Ordnungskräfte, erklärte, das Verkehrsverhalten der Teilnehmer sei in diesem Jahr weitaus disziplinierter gewesen als in all den Jahren davor. „Ich stelle fest, dass fast neunzig Prozent der Verkehrsteilnehmer die Verkehrsregeln eingehalten haben“, sagte Zolfaghari.

Verkehrsunfälle gehören zu den wichtigsten Todesursachen in Iran. Im Durchschnitt sterben pro Jahr fast 28.000 Menschen im Verkehr. Zwar gibt es noch keine offiziellen Angaben über die Zahl der Verkehrstoten im vergangenen Jahr. Doch nach Schätzung der Verkehrspolizei wird sie bei rund 31.000 Tote liegen.

Die Zahl der Verkehrsunfälle im Jahr liegt im Durchschnitt bei rund 400.000. Damit belegt Iran im Vergleich zu anderen Ländern einen Spitzenplatz. Der Gesamtsachschaden liegt nach Angaben der Polizei umgerechnet bei rund 7 Milliarden Euro.

Nun sollen neue Maßnahmen der Polizei die katastrophale Situation ändern. Das Erlangen eines Führerscheins soll wesentlich schwerer werden. Die Polizei soll die Anschnallpflicht strenger überwachen und auf gefährlichen, unfallreichen Strecken präsenter sein. Ob diese Maßnahmen die Zahl der Verkehrsunfälle senken werden, darf bezweifelt werden.

Geldschein mit Atomzeichen

Iran hat die Ausgabe eines neuen Geldscheins angekündigt, der das Zeichen für Atomkraft tragen soll. Der neue Schein werde 50.000 Rial (umgerechnet 50 Euro) wert sein und damit mehr als das Doppelte der bisher höchsten Note betragen, meldete die iranische Nachrichtenagentur IRNA am 3. März. Auf der Vorderseite wird wie in Iran üblich das Konterfei des Staatsgründers Ayatollah Chomeini zu sehen sein. Auf der Rückseite soll neben dem Atomlogo der Ausspruch des Propheten Mohammed stehen: „Wenn es in diesem Sternbild Wissenschaft gibt, werden die Männer Persiens sie erreichen“.

Der Chef der Staatsdruckerei, Djalal Djalalian, sagte, von den neuen Scheinen, die zum neuen persischen Jahr in Umlauf gebracht werden, sollen zwölf Millionen Stück gedruckt werden.

II. Wirtschaft

Konflikt mit Iran treibt Ölpreis in die Höhe

Angetrieben von der Furcht vor einem internationalen Konflikt mit Iran ist der Ölpreis in den letzten Tagen des März auf den höchsten Stand seit mehr als einem halben Jahr geklettert. In New York stieg die Notierung für ein Barrel (159 Liter) der Referenzsorte Light Sweet Crude im elektronischen Handel vor Börsenöffnung am 28. März auf 68,09 Dollar, nachdem Gerüchte über einen iranischen Angriff auf ein US-Schiff den Markt in Aufregung versetzt hatten. (siehe Bericht auf S. 16) In London stieg der Preis für die Referenzsorte Brent im elektronischen Handel auf 69.00 Dollar.

Zum Handelsauftakt am Vormittag (Ortszeit) gaben dann die Preise wieder nach. Die Angriffsgerüchte hatten sich nicht bestätigt. Marktanalysten sahen den Kurssprung als weiteren Beleg dafür, dass die Lage im Iran großen Einfluss auf den Ölpreis hat. „Der bestimmende Faktor ist heute die Situation im Iran“, sagte Mark Pervan von Daiwa Securities in London. Zuletzt hatte der Ölpreis im September vergangenen Jahres so hoch gelegen. Im Januar war der Preis pro Barrel dann in London und New York vorübergehend unter die 50-Dollar-Marke gerutscht.

Russland zieht Atomexperten aus Iran ab

Russland hat sein Führungsteam aus der iranischen Atomanlage Buschihr abgezogen. Der persischsprachigen Internet-Zeitung „Rooz“ zufolge hat Moskau, ohne die iranische Regierung darüber zu informieren, das Team angewiesen, Iran unverzüglich zu verlassen.

Offenbar hat Moskau mit dieser unerwarteten Maßnahme auf eine Protesterklärung aus Teheran reagiert. Die iranische Atombehörde hatte erklärt, bei der Fertigstellung des Atomreaktors in Buschihr, des ersten Reaktors des Landes, der von russischen Experten gebaut wird, keine weiteren Verzögerungen mehr hinnehmen zu wollen. Das Projekt, das ursprünglich am 8. Juli 1999 abgeschlossen sein sollte, habe sich bereits um acht Jahre verzögert. „Die iranische Regierung und das iranische Volk erwarten, dass Russland seinen Verpflichtungen nachkommt und nuklea-

ren Brennstoff wie vertraglich zugesichert bis Ende März an den Reaktor in Buschihr liefert“, forderte die iranische Atombehörde. Bereits zuvor hatte Irans Atom-Chefunterhändler Ali Laridjani die „Unzuverlässigkeit“ Russlands kritisiert.

In den Wochen davor hatten sich finanzielle Unstimmigkeiten beim Bau des Reaktors zugespitzt. Das russische Unternehmen Atomstroieexport hatte Iran Zahlungsrückstände vorgeworfen und mit der Verzögerung der Inbetriebnahme des Kraftwerks gewarnt. Demgegenüber erklärte die iranische Atombehörde, es stünden keine Beträge mehr aus. Zudem habe Teheran dem russischen Unternehmen bereits 12,7 Millionen Dollar im Voraus bezahlt.

Eine Verhandlungsdelegation aus Teheran hatte nach den Unstimmigkeiten vergeblich versucht, durch Gespräche in Moskau die Wogen zu glätten. Moskau sollte den Konflikt nicht politisieren, verlautete nach der Rückkehr der Delegation aus Teheran. Das staatliche iranische Fernsehen warf Russland Unzuverlässigkeit und Doppelmoral vor. Verzögerungen beim Bau der Anlage seien nicht technisch bedingt, sondern politisch motiviert, hieß es.

Am 20. März meldeten die Agenturen unter Berufung auf europäische und amerikanische Diplomaten, Russland habe bereits einen Großteil seiner Experten aus Buschihr abgezogen. Es seien im Laufe der Woche zahlreiche russische Techniker, Ingenieure und andere Spezialisten zurück nach Moskau geflogen, wurde aus Wien, dem Sitz der IAEA, berichtet. Dies wurde aus Russland bestätigt und damit begründet, dass Iran mit Lohnzahlungen im Verzug sei. Genaue Zahlen wollte man aber nicht angeben. Russland hat auch die für März geplante Lieferung von angereichertem Uran als Nuklearbrennstoff ausgesetzt.

Politische Beobachter sind der Meinung, dass Moskau die Unstimmigkeiten zum Vorwand genommen habe, um seine bisherige Position im Streit um das iranische Atomprogramm korrigieren zu können. Tatsächlich scheint Moskau sich dem Druck aus Washington gebeugt und entgegen seiner bisherigen Haltung im UN-Sicherheitsrat für härtere Maßnahmen gegen Teheran gestimmt zu haben. Folgerichtig forderte auch Außenamtssprecher Michael Kaminin Teheran auf, die Beschlüsse des Sicherheits-

rats und der Internationalen Atombehörde zu befolgen.

Sollte sich Moskau tatsächlich weigern, das Atomkraftwerk in Buschihr fertig zu stellen und die dort beschäftigten 2000 russischen Mitarbeiter nach Hause beordern, wäre dies nicht nur ein harter Schlag gegen die bislang guten Beziehungen der beiden Länder. Eine so drastische Maßnahme würde sicherlich auch im Streit um das iranische Atomprogramm eine Wende bringen.

Am 26. März sagte der Sprecher der russischen Atombehörde Rosatom, Sergej Nowikow, der Nachrichtenagentur AFP, Teheran habe die Zahlungen für den Bau des Atomkraftwerks in Buschehr aufgenommen. Dennoch könne die Anlage nicht mehr im geplanten Zeitraum fertig gestellt werden. Das russische Unternehmen Atomstroieexport habe eine erste Rate für das Projekt erhalten. Diese könne allerdings nur „die Hälfte der monatlichen Ausgaben“ für den Bau decken, fügte Nowikow hinzu.

Uhde und Lurgi rüsten iranische Raffinerie auf

Die Anlagenbauer von ThyssenKrupp und GEA, Uhde und Lurgi, haben Berichten zufolge gemeinsam mit anderen Partnern einen milliarden schweren Auftrag zum Bau einer Raffinerie in Iran erhalten. Wie das iranische Ölministerium am 15. März im Internet bekannt gab, haben neben den Deutschen die südkoreanische Firma Daelim Industrial Corp sowie drei iranische Firmen den Vertrag unterzeichnet. Das Volumen belaufe sich auf 1,3 Milliarden Euro, hieß es im staatlichen Fernsehen Iran. Nach der Aufrüstung soll die Raffinerie von Isfahan 12 Millionen Liter Benzin im Jahr produzieren.

Iran ist zwar der viertgrößte Erdölexporteur der Welt, kann aber nicht genug Benzin produzieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Irans Parlament hat erst in diesem März eine Verteuerung und Rationierung bei subventioniertem Benzin beschlossen. Um den Anteil des importierten Benzins von 40 Prozent zurückzuführen, will die Islamische Republik die Leistungsfähigkeit ihrer Raffinerien steigern. Die Aufrüstung in Isfahan soll dem Ministerium zufolge in zwei Jahren abgeschlossen sein.

Total-Chef wegen Korruption verhört

Wegen Vorwürfen der Bestechung bei Geschäften im Iran und in Kamerun wurde der Chef des französischen Ölkonzerns Total von der Polizei zum Verhör einbestellt. Der seit Mitte Februar an der Spitze des Unternehmens stehende Total-Manager Christophe de Margerie werde von fünf Ermittlern befragt, die auf Finanzdelikte spezialisiert sind, hieß es in einer AFP-Meldung vom 21. März. Bei dem Iran-Geschäft geht es um einen 1997 unterzeichneten Vertrag zwischen Total und der iranischen Ölgesellschaft NIOC zur Nutzung eines Gasfeldes. Dabei gibt es den Verdacht der illegalen Zahlungen des viertgrößten Ölkonzerns der Welt an Vertreter der iranischen Seite. Margerie war damals für das Geschäft von Total im Nahen Osten verantwortlich.

Die französische Justiz hatte dazu im Dezember ein Ermittlungsverfahren wegen des Missbrauchs von Geschäftsvermögen und der Bestechung ausländischer Beamter gegen Unbekannt eröffnet. Empfänger von Bestechungsgeldern soll unter anderem ein Mitglied der Familie des ehemaligen iranischen Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani gewesen sein. Im Januar wurde in Frankreich bereits ein Verfahren zu möglicher Bestechung bei Öl-Geschäften in Kamerun eröffnet.

Iran liefert Erdgas nach Armenien

Iran beliefert das benachbarte Armenien künftig mit Erdgas und macht damit die ehemalige Sowjetrepublik unabhängiger von russischen Importen. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad und das armenische Staatsoberhaupt Robert Kotscharian weihen am 19. März im armenischen Agarak an der iranischen Grenze eine 141 Kilometer lange Pipeline ein, die Armenien in den kommenden zwanzig Jahren mit 36 Milliarden Kubikmeter Gas versorgen soll. Der Bau der Pipeline war bereits 1992 beschlossen worden, er begann allerdings erst 2004. Die Leitung kostete umgerechnet 150 Millionen Euro.

Zwei Nachbarländer Armeniens, die Türkei und Aserbaidschan, boykottieren die Wirtschaft des kleinen Kaukasusstaates wegen des Streits um die Region Berg-Karabach. Armenien und Aserbaidschan führten einen Krieg um das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Gebiet.

China zahlt iranisches Öl verstärkt mit Euro statt mit Dollar

China hat damit begonnen, seine Ölimporte aus Iran mit Euro statt mit Dollar zu begleichen. Seit Ende 2006 bezahle der chinesischen Staatskonzern Zhuhai Zhenrong einen Großteil der Öleinfuhren aus Iran auf diese Weise, sagte ein Vertreter der chinesischen Ölbranche in Peking. Damit kommt Zhuhai Iran entgegen, das gerade seine Devisenreserven vom Dollar weg umschichtete. Zhuhai Zhenrong kauft mehr als zehn Prozent der iranischen Ölexporte und ist damit der größte Kunde des weltweit viertgrößten Produzenten.

Der Wechsel der Zahlungswährung für iranisches Öl dürfte am Devisenmarkt verstärkt beobachtet werden und kommt zu einer Zeit, in der sich der Streit um das iranische Atomprogramm verschärft. Vertreter Irans hatten vor Monaten erklärt, dass mehr als die Hälfte der OPEC-Kunden die übliche Zahlungsweise in Dollar umgestellt hätten. Mit dem chinesischen Unternehmen gibt es nun die erste Bestätigung außerhalb Irans für einen Währungswechsel. Branchenvertretern zufolge sind auch japanische Raffineriebetreiber bereit, iranisches Öl nicht mehr in Dollar, sondern in Yen zu bezahlen, wenn Iran dies wünsche.

Die iranische Zentralbank zeigte sich von den jüngst beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen das Land unbeeindruckt. Die Wirtschaft des Landes könne den UN-Sanktionen standhalten und verfüge über genug ausländische Reserven, um jeden größeren Schock zu überstehen, sagte Zentralbank-Chef Ebrahim Scheibani der Nachrichtenagentur Reuters. Die Notenbank halte inzwischen nur noch etwa ein Fünftel ihrer Devisenreserven in Dollar. Sie werde ihren Kurs fortsetzen und ihre Reserven vom Dollar weg umschichten, sagte der Bankchef am Rande einer Konferenz in Malaysia. Grund dafür sei das feindliche Verhalten der USA.

Iranische Uran-Vereinbarung mit Frankreich

Nach Angabe des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ profitiert Iran als Anteilseigner der französischen Firma Eurodif direkt von der Urananreicherung in Europa. Die bislang

teilweise geheim gehaltenen Verträge und Absprachen zwischen Teheran und Paris werden demnach in einer neuen Studie im Auftrag der Europäischen Grünen offen gelegt. Bereits 1974 habe Teheran mehr als eine Milliarde Dollar in die gemeinsame Urananreicherungs-firma Sofidif investiert. Als Gegenleistung soll die Lieferung von zehn Prozent des angereicherten Urans für den Betrieb von Kernkraftwerken vereinbart worden sein. Ein Jahr später erwarb das Unternehmen demnach Anteile an der Firma Eurodif, die eine große Urananreicherungsanlage in südfranzösischen Pierrelatte betreibt.

Die iranische Atomenergie-Organisation ist über die französisch-iranische Firma Sofidif seit der Schah-Zeit an Eurodif beteiligt. Sie stellt einen Vertreter im Verwaltungsrat und kassiert Dividenden, hat seit der islamischen Revolution 1979 allerdings kein Recht auf Mitentscheid mehr. Eurodif reichert in Südfrankreich Uran für 100 Kernkraftwerke an. Minderheitsanteile halten Spanien, Italien und Belgien, Hauptaktionär ist der französische staatliche Areva-Konzern für Atomtechnik. Im vergangenen Herbst hatte Teheran vergeblich versucht, die Zusammenarbeit mit Frankreich wieder aufleben zu lassen.

Als Geschäftszweck für die iranische Eurodif-Beteiligung wird laut Spiegel aktuell angegeben, an „Studien und Umsetzung der Urananreicherung zu partizipieren, die auf der französischen Gas-Diffusionstechnik beruhen“. Teherans Atomenergieorganisation ziehe aus ihrem vierzigprozentigen Anteil an der Sofidif den Angaben nach einen jährlichen Gewinn von geschätzten sieben Millionen Euro. Die grüne Europa-Abgeordnete Rebecca Harms nannte es „ein Unding, dass die UN auf Druck der USA zeitgleich gegen Iran Handelssanktionen verhängen soll, während Europa mit dem Land Atomgeschäfte macht“.

III. Außenpolitik

Das Ende einer Affäre

Fünfzehn britische Marinesoldaten, darunter eine Frau, wurden am 23. März in den Gewässern des Persischen Golfs, an der Grenze zwischen Iran und Irak festgenommen. Der Zwischenfall ereignete sich nach der Routinekontrolle eines Handelsschiffs im Schatt el Arab, des Grenzflusses zwischen Iran und Irak, ganz im Norden des Persischen Golfs. Nach Darstellung des britischen Verteidigungsministeriums seien die Soldaten in irakischen Hoheitsgewässern aufgegriffen worden. Sie gehören einer Einheit der Royal Navy an, die unter dem UN-Mandat die Sicherheit der irakischen Ölterminals und der irakischen Hoheitsgewässer im Persischen Golf gewährleisten soll. Nach Angaben der US-Streitkräfte waren die Soldaten auf dem Rückweg zu ihrer Fregatte „HMS Cornwall“, als sie von iranischen Patrouillenbooten bedrängt und von diesen auf iranisches Seegebiet eskortiert wurden.

Demgegenüber behauptet Teheran, die Soldaten seien in iranischen Hoheitsgewässern gewesen. Es wirft Großbritannien einen „feindlichen Akt“ vor. Der iranischen Agentur Fars zufolge wurden die Soldaten nach ihrer Festnahme in die Hauptstadt Teheran gebracht. Bei den Verhören sollen die Festgenommenen laut Angaben des Sprechers der iranischen Streitkräfte, General Ali Reza Afshar, zugegeben haben, in iranische Gewässer eingedrungen zu sein. Der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, erklärte, das „illegale und einmischende Eindringen britischer Streitkräfte in das Territorium der Islamischen Republik ist ein höchst verdächtiger Akt, der sich gegen internationales Recht“ richte.

Ein ähnlicher Vorfall hatte sich im Juli 2004 mit acht britischen Soldaten ereignet. Diese wurden jedoch nach vier Tagen freigelassen. Doch die jüngste Festnahme drohte weitaus ernstere Folgen zu haben. Bereits am ersten Tag nach der Festnahme wurde seitens internationaler Beobachter in Teheran die Befürchtung geäußert, die Soldaten könnten wegen Spionage angeklagt werden. Sollte den Soldaten dieser Vorwurf tatsächlich nachgewiesen werden, drohen ihnen harte Strafen bis hin zur Todesstrafe.

Am Abend des 28. März wurden im iranischen Fernsehen Videoaufnahmen der fünfzehn Soldaten ausgestrahlt. Die Marinesoldatin Faye Turney, die einzige Frau unter den Gefangenen, die ein Kopftuch trug, sagte in einem Interview: „Ich bin am 23. März festgenommen worden. Hiermit erkläre ich eindeutig, dass wir illegal in iranische Gewässer eingedrungen sind.“ In einem Brief, den sie an ihre Eltern schrieb – er wurde der britischen Botschaft in Teheran übergeben – bedauert sie die Grenzüberschreitung. „Ich wünschte, wir hätten dies nicht getan, dann wäre ich jetzt wieder bei euch zu Hause“, schrieb sie und teilte mit, dass die Iraner sie sehr „gastfreundlich“ und behutsam behandeln würden.

Die Ausstrahlung der Videoaufnahmen löste in London heftige Reaktionen aus. „Es ist völlig inakzeptabel, unsere Leute auf so eine Art vorzuführen“, sagte der britische Verteidigungsminister Des Browne. Die britische Außenministerin Margaret Beckett äußerte die Befürchtung, die Gefangenen könnten gefoltert worden sein. „Ich bin sehr besorgt über diese Bilder und jedes Anzeichen von Druck oder Folter“, sagte die Ministerin. Auch Premierminister Tony Blairs Sprecher erklärte, niemand dürfe in eine solche Lage gebracht werden. Die Bilder verstießen gegen die Konventionen und gegen die Menschenrechte.

Auf das Vorgehen Irans reagierte Großbritannien mit einer Aufforderung an den UN-Sicherheitsrat, die sofortige Freilassung der fünfzehn Marinesoldaten, zu verlangen. Laut dem vorgelegten Textentwurf sollte die Festnahme verurteilt und darauf hingewiesen werden, dass das Schiff sich in den Hoheitsgewässern des Iraks unter einem UN-Mandat befunden habe. Entsprechende Satellitenaufnahmen hatte das britische Verteidigungsministerium bereits am Mittwoch der Öffentlichkeit vorgelegt.

Als weiteren Schritt brach die britische Regierung sämtliche bilaterale Kontakte zum Iran ab und kündigte an, sich auf diplomatischer Ebene nur noch auf die Freilassung der Soldaten zu konzentrieren.

Irans Außenminister Manutschehr Mottaki schien zunächst darum bemüht, die gereizte Stimmung zu dämpfen. Er stellte einen Besuch der britischen Konsularmitarbeiter bei den Soldaten

in Aussicht, ließ allerdings offen, wann dieser stattfinden könnte. Er kündigte auch die baldige Freilassung der Soldatin an. Doch die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats durch die Briten rief den Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Ali Laridschani, auf den Plan. Londons voreilige Entscheidung habe Iran veranlasst, die beabsichtigte Freilassung zu verschieben, sagte er. „Wir hatten beschlossen, die Frau freizulassen, aber angesichts des politischen Tamtams, das London veranstaltet, ist dieser Beschluss vorläufig auf Eis gelegt.“

Indes verbreite der arabische Fernsehsender Al-Arabia die Nachricht, das iranische Konsulat in der südirakischen Hafenstadt Basra sei von britischen Soldaten umstellt worden. Doch wenige Stunden danach wurde die Nachricht von britischer Seite dementiert. „Das Gebäude wurde nicht umstellt“, sagte eine militärische Sprecherin. Es habe lediglich Patrouillen in der Umgebung des Konsulats gegeben, weil britische Soldaten zuvor von Unbekannten beschossen worden seien. Das hinderte jedoch sowohl London als auch Teheran nicht daran, die Stimmung weiter anzuheizen.

Der Ausschussvorsitzende für nationale Sicherheit und Außenpolitik im islamischen Parlament, Alaeddin Borudjerdi, meinte zu dem Vorfall, Iran werde sich nach internationalen Vereinbarungen richten und die Gefangenen entsprechend behandeln. Die Briten sollten sich merken, dass die Zeit, in der sie „mit Gewalt ihre Ziele diktieren konnten“, längst vorbei sei. Die Drohung, die Wirtschaftsbeziehungen abzubrechen, werde den Fall zusätzlich komplizieren, sagte Borudjerdi. Reza Talai, ein anderes Ausschussmitglied, äußerte die Vermutung, die Grenzüberschreitung sei eine gezielte „abenteuerliche Provokation“ seitens der Briten gewesen. „Vielleicht wollte man auch testen, wie schnell Iran auf solche Provokationen reagieren würde“, fügte er hinzu.

Am 30. März verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Erklärung, die wesentlich milder ausfiel, als von London verlangt. Statt Iran zu verurteilen und die sofortige Freilassung der gefangenen Soldaten zu verlangen, äußerte das Gremium lediglich seine „tiefe Besorgnis“ über die Festnahme der Soldaten und ihre anhaltende Inhaftierung. Der Rat werde, hieß es in

der Erklärung, den Aufruf von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon zu einer „baldigen Lösung der Krise, einschließlich der Freilassung der fünfzehn Briten“ unterstützen. Die Milde der ursprünglichen Entwurfs hatten Russland, Indonesien sowie Südafrika, das bis zum 31. März den Vorsitz des Rates innehatte, durchgesetzt.

Deutlicher fiel allerdings die Erklärung der EU-Außenminister aus. Auf ihrer Sitzung am 30. März in Bremen forderten sie die „unverzögliche und bedingungslose Freilassung“ der Soldaten. „Europas Haltung ist klar: die fünfzehn Briten müssen unverzüglich freigelassen werden“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier nach dem Treffen. Sollte dies nicht geschehen, will die EU nach der Erklärung „angemessene Maßnahmen“ ergreifen. Über mögliche Schritte wollen die Außenminister laut der französischen Staatssekretärin Catherine Colonna bei einem Treffen am 23. April in Luxemburg beraten, sollte die Krise dann noch anhalten.

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana machte deutlich, dass die Sache nicht nur eine bilaterale Angelegenheit zwischen Großbritannien und Iran sei, wie von Teheran behauptet. „Es ist eine Sache zwischen Iran und der EU“, unterstrich Solana. Vorerst wolle er aber auf diplomatischem Weg eine Lösung suchen. Trotz der Schärfe der EU-Erklärung, in der die Festnahme als „klarer Bruch des internationalen Rechts“ bezeichnet wurde, ging die Stellungnahme nicht soweit, wie von London erwünscht. Die britische Regierung hatte gewünscht, dass sämtliche EU-Länder sich der Maßnahme Londons anschließen und die Beziehungen zu Iran, vor allem die Wirtschaftsbeziehungen, einfrieren lassen. Doch zu einem solchen drastischen Schritt waren die Außenminister nicht bereit.

Teheran forderte die EU umgehend auf, sich nicht einzumischen. „Die europäischen Staats- und Regierungschefs sollten ernsthaft Abstand davon nehmen, den Vorstoß britischer Streitkräfte in iranische Gewässer zu unterstützen“, erklärte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Mohammad Hosseini.

Indes setzte Iran die Attacken mit neuen TV-Aufnahmen und einem weiteren Brief der Soldatin fort. Darin heißt es unter anderem: „Wir müssen begin-

nen, unsere Truppen aus dem Irak abziehen." In dem Schreiben, das sich direkt an das britische Volk richtet, beklagt die Soldatin, dass sie der britischen und der US-amerikanischen „Interventionspolitik“ geopfert worden sei. „Es ist jetzt an der Zeit, dass unsere Regierung ihr unterdrückerisches Verhalten gegenüber anderen Völkern ändert“, schreibt die Soldatin. Zudem strahlte das iranische Fernsehen eine Videoaufnahme aus, in der der Marinesoldat Nathan Thomas Summers erklärt: „Wir sind ohne Erlaubnis in iranische Gewässer eingedrungen und wurden von der iranischen Küstenwache festgenommen. Ich möchte mich dafür beim iranischen Volk entschuldigen.“

Britische Sicherheitsexperten erklärten, der Brief der Soldatin sei ihr offenbar ebenso wie die zwei früheren diktiert worden. Die britische Regierung sprach von „Manipulation“. Die Veröffentlichung von Bildern und Videos der Gefangenen nannte Tony Blair „abscheulich“. Damit könne niemand getäuscht werden. Die einzige Lösung sei die sofortige Freilassung der fünfzehn Soldaten.

Trotz unversöhnlicher Töne aus London kündigte das britische Außenministerium an, eine diplomatische Note aus Teheran zu prüfen, die am 29. März dem Foreign Office übergeben worden war. Darin protestiert Iran zwar gegen den „illegalen Akt der Verletzung iranischer Hoheitsgewässer“ und macht London „für die Folgen verantwortlich“, fordert aber keine Entschuldigung. Das Außenministerium kündigte eine baldige Stellungnahme an.

Ab 1. April zeichnete sich eine Wende ab, aus Teheran und London waren leisere Töne zu vernehmen. Für Großbritannien sei das Wohlergehen der Gefangenen „die allererste Sorge“, sagte die britische Außenministerin Margaret Beckett. „Ich denke, jeder bedauert, dass es zu dieser Situation gekommen ist. Was wir wollen ist ein Ausweg, und zwar friedlich und so schnell wie möglich.“ Auf der anderen Seite dementierte Teheran die Äußerung des iranischen Botschafters in Moskau, Gholam-Reza Ansari, der mit einem Prozess gegen die britischen Soldaten gedroht hatte. „Wenn genügend Schuldbeweise zusammenkommen, werden sie angeklagt“, hatte er einem russischen Fernsehsender gesagt. Die angebliche Drohung beruhe auf einem Übersetzungsfehler, berichtete die Nachrichtenagentur IRNA.

Der Botschafter habe lediglich erläutert, dass die Angelegenheit gemäß juristischer Verfahrensregeln behandelt werde.

Indes bestätigte Außenministerin Beckett, dass London auf eine diplomatische Note aus Teheran geantwortet habe. Zu dem Inhalt machte sie keine Angaben. Britische Medien berichteten jedoch, unter Berufung auf informierte Kreise, die britische Regierung plane, einen Offizier der Königlichen Marine nach Teheran zu entsenden. Dieser solle dort öffentlich das Versprechen abgeben, dass britische Schiffe niemals wissentlich in iranische Hoheitsgewässer fahren würden.

Am 3. April verlautete aus London, Nigel Scheinwald, außenpolitischer Berater des britischen Premiers Tony Blair, habe mit dem Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats Irans, Ali Laridjani, direkte Telefongespräche geführt. Weitere Gespräche sollten in den nächsten Tagen zwischen hochrangigen Vertretern beider Länder geführt werden. „Beide Seiten verfolgen das Ziel, einer frühen Lösung dieser Angelegenheit in direkten Verhandlungen“, teilte das Büro des britischen Premiers mit.

Am 4. April kündigte Präsident Ahmadnedschad in einer Pressekonferenz überraschend an, die gefangenen Soldaten würden unmittelbar nach der Konferenz freigelassen. Ein Aufatmen ging durch die Welt, die nun um eine höchst bedrohliche Krise erleichtert wurde.

Reaktionen aus den USA auf die Gefangennahme britischer Marinesoldaten

Zwar hat US-Präsident George W. Bush der britischen Regierung seine volle Unterstützung bei den Bemühungen um die Freilassung der britischen Marinesoldaten zugesichert, dennoch hat die US-Regierung wider Erwarten bislang keine heftigen Reaktionen gezeigt. Anders die Stimmen bei manchen Politikern und Medien, von denen die dpa in einer Meldung vom 29. März eine Auswahl gesammelt hat. Der demokratische Senator und Bewerber um das Präsidentenamt Barack Obama sagte im Fernsehsender CNN: „Es ist wichtig, dass alle Optionen, auch die militärische, auf dem Tisch sind.“ Die Briten dürften keineswegs das Schicksal jener 63 Amerikaner erleiden, die vor 25 Jahren 444 Tage Geiseln in der US-Botschaft

in Teheran waren. Notfalls müssten „harte Maßnahmen“ ergriffen werden, sagte Obama.

„Die Episode beweist wieder einmal den gefährlichen Schurken-Charakter dieses Regimes“, schrieb die Daily News. Der Chefredakteur der Washington Post, Wesley Pruden, forderte ein massives Vorgehen gegen Iran. „Das Wichtigste ist, dass die Iraner für ihre Torheit zahlen müssen und zwar rasch“.

Der ehemalige Pentagon-Spitzenbeamte Jack Kelly warnte die Briten vor einer „Kapitulation“, vor „der lauten Sprache“ des Nicht-Handelns oder irgendeinem „faulen Handel“. Ex-Admiral James Lyons forderte direkte Militäraktionen und schlug als erste Maßnahme die Besetzung der Insel Khark im Persischen Golf vor. Die Mullahs rechneten angesichts des erbitterten Disputs in den USA über den Irak-Krieg mit der Unfähigkeit Washingtons, auf diese „klare Aggression“ und die „eklatante Kriegshandlung“ Iran zu antworten.

Der Ex-Spitzenmilitär warnte vor einer Politik der Schwäche, die Ansehen und Glaubwürdigkeit der Militärmacht USA weltweit weiter untergraben würde: „Es ist keine Zeit zu verlieren“, schrieb in der Washington Times.

Es gibt auch Aufforderungen an Europa, endlich Flagge zu zeigen. Der renommierte Historiker Timothy Ash (Stanford University) schrieb in der Los Angeles Times: „Hier ist die Herausforderung für die deutsche Präsidentschaft.“ Nun könne Europa zeigen, ob es „nur Sonntagsreden“ halte oder in glaubwürdiger Solidarität mit London auch schmerzhaft Wirtschaftssanktionen gegen Teheran verhängen werde. Viele Europäer würden allerdings wohl nur denken, die USA und Großbritannien müssen jetzt „eine neue Folge ihrer dummen, illegitimen Militäraktion im Irak“ erleiden. Aber selbst wenn es so wäre, müsste Europa nicht jetzt Teheran sehr deutlich die Stirn bieten?

Iranischer Freitagsprediger: Großbritannien ist Marionette der USA

Eine Woche nach der Festnahme britischer Soldaten im Iran stellte der einflussreiche Geistliche Ahmad Chatami beim Freitagsgebet Großbritannien an den Pranger. Der britische Staat sei eine Marionette der USA, sagte Chatami, der zugleich Mitglied des

mächtigen Expertenrats ist. „Heute ist Großbritannien eine gescheiterte, isolierte Macht, die als Mittelsmann Amerika dient.“ Dagegen sei Iran stark und werde sich gegen die USA erheben, die Großbritannien beherrschten. „Wenn sie nicht mit ihren Schikanen aufhören, werden sie einen hohen Preis zahlen.“

Vor einem Spiel zwischen zwei iranischen Mannschaften riefen am 30. März gut 60.000 Fußballfans der Nachrichtenagentur Fars zufolge „Tod England“. Sie forderten ein Ende der Beziehungen zwischen Iran und Großbritannien.

Moskau fordert unabhängige UN-Untersuchung zu dem Marine-Vorfall

Russland hat zur Lösung der Krise um die Gefangennahme von fünfzehn britischen Soldaten vorgeschlagen, eine unabhängige Untersuchung der Sachlage durch die Vereinten Nationen durchzuführen. Der stellvertretende russische Außenminister Alexander Jakowenko sagte am 30. März in Moskau, da Großbritannien erklärt, die Soldaten seien im Auftrag der UN unterwegs gewesen, sollten die Vereinten Nationen innerhalb kurzer Zeit einen Bericht über den Vorfall erarbeiten. Jakowenko sagte dies laut Angaben der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti nach einem Treffen mit dem britischen Botschafter Tony Brenton in Moskau.

Jakowenko betonte, der Zwischenfall bedürfe einer gründlichen Untersuchung. Botschafter Brenton sagte nach diesen Angaben, seine Regierung würde den Vereinten Nationen alle wichtigen Informationen zur Verfügung stellen.

Trotz Sanktionen hält Teheran an Atomprogramm fest

Die iranische Regierung scheint entschlossen, trotz vom UN-Sicherheitsrat am 24. März beschlossenen Sanktionen an seinem umstrittenen Atomprogramm festzuhalten. Auch die schärfsten politischen und wirtschaftlichen Strafmaßnahmen seien zu schwach, um die iranische Nation zu einem Verzicht auf ihr Atomprogramm zu zwingen, sagte Außenminister Manuchehr Mottaki nach der Abstimmung im Weltsicherheitsrat in New York.

Eine Aussetzung der Urananreicherung sei weder eine Option noch eine Lö-

sung, fügte der Minister hinzu. Seine Regierung werde nur dann zu Verhandlungen zurückkehren, wenn die USA und ihre europäischen Verbündeten die Vorbedingung, Iran solle auf die Urananreicherung verzichten, fallen ließen.

Zu den einstimmig beschlossenen Sanktionen gehören ein Verbot iranischer Waffenexporte und weitere Einschränkungen im Zahlungsverkehr mit Iran. So werden die Konten von 28 Personen oder Organisationen eingefroren, die am iranischen Atom- und Raketenprogramm beteiligt sind. Etwa ein Drittel von ihnen haben Verbindungen zu den Revolutionsgarden, der Eliteeinheit der iranischen Streitkräfte. Außerdem werden die UN-Mitgliedsstaaten aufgerufen, Reisebeschränkungen für die genannten Personen einzuführen. Die Internationale Atombehörde soll in 60 Tagen einen Bericht vorlegen und prüfen, ob Iran der Forderung nach Aussetzung der Urananreicherung nachgekommen ist.

„Das ist eine bedeutende internationale Zurückweisung für Iran und eine wesentliche Verschärfung des internationalen Drucks“, sagte Nicholas Burns, Staatssekretär im US-Außenministerium. Wenn Iran sich nicht beuge, werde Washington eine dritte und noch schärfere Resolution anstreben. Die erste Resolution im Dezember 2006 untersagte allen UN-Mitgliedstaaten, Iran mit Technologie für sein Atom- oder Raketenprogramm zu beliefern. Außerdem wurden die Auslandskonten von zehn Unternehmen und zwölf Personen eingefroren, die an diesem Programm beteiligt sind.

Auch wenn der Sicherheitsrat noch hunderte Resolutionen beschließen sollte, würde Iran sein Atomprogramm nicht stoppen, sagte Präsident Ahmadinedschad der Nachrichtenagentur ISNA zufolge am 26. März in einer Kabinettsitzung. Die vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution sei nichts Neues. Solche „illegalen“ und „formalistischen“ Resolutionen würden die zivilen Atomprogramme des Landes „nicht eine Sekunde lang“ stoppen.

In einer Fernsehansprache zum Jahreswechsel sagte Ahmadinedschad: „Die iranische Nation steht entschieden hinter ihrem Recht (auf Nutzung der Atomenergie) und sie (die Staaten des Westens) werden letztlich gezwungen sein, die legitimen Rechte Irans anzuerkennen.“ Erneut warf er dem Westen vor,

Iran vom technischen Fortschritt fernhalten zu wollen. Dies sei jedoch bisher immer gescheitert und werde auch in Zukunft ohne Erfolg bleiben, sagte der Regierungschef. Zu Sanktionen und Kriegsdrohungen sagte der Präsident, es handle sich um einen „Psycho-Krieg“. Der Westen habe aber keine Chance, Iran zu schaden.

Noch polemischer hatte sich der Regierungschef zuvor auf einer Kundgebung geäußert. Was ist der Zweck solcher Resolutionen, fragte er. „Heute meistern wir den nuklearen Brennstoffkreislauf vollständig. Ihr habt uns in der Vergangenheit mit Sanktionen belegt, aber wir haben die Atomtechnologie bekommen. Verhängt heute Wirtschaftssanktionen gegen uns, und ihr werdet sehen, was unser nächster Schritt sein wird. Selbst wenn ihr euch alle zusammentut und auch noch eure Vorväter in der Hölle anruft, werdet ihr die iranische Nation nicht stoppen können.“

Ex-Außenminister Kissinger fordert Abkommen mit Iran

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat ein Abkommen zwischen den USA und Iran gefordert. Mit den neu aufgenommenen Kontakten seines Landes auf der Irak-Konferenz in Bagdad mit Syrien und Iran existiere nun ein Forum, in dem man miteinander reden könne. „Mit geschickter Diplomatie könne daraus etwas werden“, sagte Kissinger der Stuttgarter Zeitung am 20. März.

Am vierten Jahrestag des Einmarsches der Amerikaner in den Irak äußerte sich der frühere Außenminister verhalten optimistisch zur Lage in dem Land. Man könne den Irak aber „nicht befrieden, ohne in der Frage des iranischen Atomprogramms nicht wenigstens einige Fortschritte zu erzielen“, sagte der 83-jährige Kissinger. Beide Fragen seien direkt miteinander verbunden. Daher müsse Washington „ein umfassendes Abkommen mit Iran“ anstreben.

SPD-Politiker Klose rechnet mit atomarer Aufrüstung Irans

Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Ulrich Klose, rechnet mit einer atomaren Aufrüstung Irans. „Ich persönlich rechne damit, dass Iran früher oder später

Atomraketen haben wird", sagte der SPD-Politiker der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Zeitung“ in der Ausgabe vom 28. März. Dies werde einen nuklearen Wettlauf im Mittleren Osten zur Folge haben. Klose nannte Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und die Türkei als Kandidaten. Hinzu komme Pakistan als Nuklearmacht und Israel, von dem vermutet werde, dass es ebenfalls über Atomwaffen verfügt. „Das alles führt in dieser Weltregion zu einer extrem gefährlichen Situation“.

Die Einrichtung eines Schutzschildes aus Abwehrraketen sei daher „überlegenswert“, sagte Klose. Der SPD-Politiker wies in diesem Zusammenhang auch die Kritik seines Parteivorsitzenden Kurt Beck an den Abwehrraketenplänen der USA zurück. Es handele sich um „eindeutig defensive Systeme“ ohne Sprengkopf, die „allein durch Kollision anfliegende Interkontinentalraketen zerstören“ sollen. Für Kritik Russlands an den Raketenplänen zeigte Klose ebenfalls kein Verständnis: „Die Russen haben so viele Raketen, dass die zehn geplanten Abwehrraketen das strategische Gleichgewicht in keiner Weise berühren.“

Israelischer Minister wirft Europa Beschwichtigung im Atomstreit vor

Der für strategische Angelegenheiten zuständige israelische Minister Avigdor Lieberman erhob im Atomstreit mit Iran schwere Vorwürfe gegen Europa. Einige Europäer seien eher bereit, Israel zu opfern als sich dem Dringen der USA auf härtere Sanktionen gegen Iran anzuschließen, sagte er am 14. März in israelischen Rundfunk. Ihr Vorgehen folge nur ihren eigenen Sicherheits- und Handelsinteressen. Der Minister verglich die europäische Haltung zum Atomstreit mit der Beschwichtigungspolitik der Großmächte gegenüber Nazi-Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg.

„Wir haben dieses Phänomen schon einmal gesehen, am Abend des Zweiten Weltkriegs“, sagte Lieberman, der als Mitglied der extremen Rechten dem Kabinett von Ministerpräsident Ehud Olmert angehört. „In derselben Art und Weise haben die Politiker damals die (von Deutschland annektierte) Tschechoslowakei geopfert und die missliche Lage der Juden ignoriert, obwohl allen Staatschefs klar war, was mit ihnen passiert.“ Bestimmte Länder und Poli-

tiker benannte er als Adressaten seines Vorwurfs nicht. Im Atomstreit mit Iran haben israelische Politiker wiederholt an den Zweiten Weltkrieg erinnert, doch Anschuldigungen wie die Liebermans waren bisher eher selten.

Zentralbank: Iran kann UN-Sanktionen standhalten

Irans Wirtschaft kann nach Einschätzung der iranischen Zentralbank den UN-Sanktionen standhalten. Das Land verfüge über genug ausländische Reserven, um jeden größeren Schock zu überstehen. Die iranische Zentralbank halte nur etwa ein Fünftel ihrer ausländischen Währungsreserven in Dollar, sagte Ebrahim Scheibani in einem Interview mit Reuters am 27. März. Die Bank werde ihren Kurs fortsetzen und ihre Reserven vom Dollar weg umschichten, sagte der Zentralbanker am Rande einer Konferenz in Malaysia.

Atombehörde fordert Kameras in Atomanlage

Die Internationale Atombehörde IAEA hat Diplomaten zufolge Iran aufgefordert, unverzüglich Überwachungskameras in seiner unterirdischen Atomanlage zu akzeptieren. Sollte sich die Regierung in Teheran dem widersetzen, erwägen westliche Staaten den Angaben zufolge, eine Krisensitzung der Behörde einzuberufen.

Diplomaten, die mit dem Streit um das iranische Atomprogramm vertraut sind, gaben an, der für nukleare Sicherheit zuständige IAEA-Direktor Olli Heinonen habe der iranischen Regierung bis Ende März Zeit gegeben, die Kameras zu akzeptieren. Diese sollte Bilder direkt an das Hauptquartier der Behörde übertragen und so sicherstellen, dass in der Anlage kein Uran hoch angereichert wird. Hoch angereichertes Uran kann für den Bau von Atomwaffen eingesetzt werden.

Nachrichtenagenturen zufolge hat Iran in einem geheimen Schreiben der IAEA mitgeteilt, der Grund für unvollständige Mitteilung von Informationen an die Atombehörde seien die „permanenten Bedrohungen“, seitens Israels und der USA. Obwohl das Schreiben, das am 29. März der Behörde übergeben wurde, als geheim eingestuft war, wurde dessen Inhalt von einer ganzen Reihe von Agenturen veröffentlicht.

Iran hatte sich 2003 verpflichtet, die Atombehörde über jedes neue Vorhaben oder Änderungen bestehender Einrichtungen detailliert zu informieren. Dieser Verpflichtung wollte Iran nach der kürzlich vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen (Resolution 1747) nicht mehr nachkommen.

Auch Irans Vertreter bei der Atombehörde, Ali Asghar Soltanieh, schrieb an den Generalsekretär der Behörde, El Baradei, sein Land werde aufgrund der aggressiven Haltung der USA und Israels und die von ihnen aufgebaute Drohkulisse, die Zusammenarbeit mit der IAEA reduzieren. Die beiden Staaten haben mehrmals offiziell erklärt, dass sie nicht die Absicht haben, Iran militärisch anzugreifen. Gleichzeitig betonten sie jedoch immer wieder, dass die militärische Option im Streit mit Iran nicht ausgeschlossen werden könne. Sollten derzeit laufenden diplomatischen Versuche scheitern, werde man „andere Mittel“ einsetzen, um das iranische Programm zu stoppen.

„Solange solche militärischen Drohungen bestehen, bleibt Iran keine andere Möglichkeit, als alle Wege zur Verteidigung seiner Sicherheit zu nutzen. Dazu gehöre auch der Schutz von Geheimnissen, die den Aggressoren eine weitere Handhabe liefern könnten, um ihre Ziele zu erreichen“, schreibt Soltanieh.

Berichten zufolge wird Iran lediglich ein halbes Jahr vor Inbetriebnahme seiner neuen Atomanlage die IAEA darüber informieren. In seinem Antwortschreiben an den Vertreter Irans machte Wilmos Sironi, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der IAEA, darauf aufmerksam, dass Iran durch dieses Vorgehen gegen einen wichtigen Grundsatz der IAEA verstoße. „Ihr Entschluss ist höchst bedauerlich“, schrieb er. „Ich möchte Ihrer Regierung empfehlen, Ihre Entscheidung zu revidieren.“

Iran hatte nach der Verabschiedung der UN-Resolution 1737, die zum ersten Mal Sanktionen gegen das Land vorsah, gedroht, die Zusammenarbeit mit der IAEA einzuschränken. Erst Ende März, nachdem die IAEA um die Installation der Kameras in der Anlage von Natanz bat, wurde die Entscheidung vollzogen.

Die iranische Regierung hatte in ihrer ersten Sitzung im neuen iranischen Jahr am 25. März die Einschränkung der

Zusammenarbeit mit der Atombehörde beschlossen. Dabei berief sie sich auf einen zuvor gefassten entsprechenden Beschluss des Parlaments. Regierungssprecher Gholam Hossein Elham erklärte, die Einschränkungen würden solange in Kraft bleiben, bis der UN-Sicherheitsrat die Akte Iran an die Atombehörde zurückgibt. Dieser Beschluss war erfolgt, nachdem die IAEA entschieden hatte, die Hälfte ihrer bisher an Iran geleisteten technischen und finanziellen Hilfeleistungen einzustellen. Dagegen hatten sowohl Soltanieh als auch Irans Außenminister Manutschehr Mottaki scharf protestiert, während andere führende Politiker meinten, die IAEA-Hilfeleistungen hätten ohnehin keinen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der iranischen Atomindustrie gehabt.

Gerücht eines iranischen Angriffs auf US-Schiff sorgte für Aufregung

Die Nachricht eines arabischen Senders, Iran habe ein US-Schiff mit einer Rakete beschossen, sorgte am 28. März stundenlang weltweit für Aufregung. Erst als die US-Marine das Gerücht dementierte, kehrte wieder Ruhe ein. Die Marine verfüge über nichts, was dieses Gerücht im Moment bestätigen könnte, sagte ein Militärvertreter. Wie sich die Lage derzeit darstelle, stecke kein Wahrheitsgehalt darin. Die US-Regierung wies die Spekulationen ebenfalls zurück. Es gebe nichts, was auf einen militärischen Zwischenfall mit dem Iran hindeute, sagte ein Sprecher des Sicherheitsgremiums des Präsidentsamts in Washington.

Russische Agentur: USA schließen Vorbereitungen für Angriff auf Iran ab

Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti brachte am 30. März folgende Meldung: Nach Angaben des russischen Nachrichtendienstes haben die amerikanischen Streitkräfte die Vorbereitungen zum möglichen Militärschlag gegen Iran abgeschlossen. Das teilte ein Sprecher des russischen Geheimdienstes RIA Novosti mit. Die Angaben des Nachrichtendienstes belegten, sagte der Sprecher, dass die USA eine Liste über mögliche Ziele in Iran erstellt und den Einsatzplan bei Übungen getestet haben. „Nach Angaben des russischen Militärnachrichtendienstes haben die US-amerikanischen Streitkräfte im Persischen Golf die Vorbereitungen für

Raketen- und Bombenangriffe gegen Iran praktisch abgeschlossen", sagte der Sprecher.

Er berichtete, dass die amerikanischen Heeresführer in der ersten Aprilhälfte zum Schlag bereit sein werden. Doch das Startzeichen der militärischen Operation muss die politische Führung geben. ... Nach offiziellen US-Angaben ist die militärische Präsenz in der Region auf dem gleichen Niveau wie im März 2003, als die Invasion in den Irak begann.

Diese Meldung der russischen Nachrichtenagentur kommentierte ein „eingeweihter“ Politiker in Teheran, der nicht namentlich genannt werden wollte, gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur Aftab wie folgt: „Man kann diese provozierende Meldung der russischen Nachrichtenagentur als einen Teil der westlichen psychologischen Kriegsführung betrachten, der gerade nach dem neuen Sanktionsbeschluss des UN-Sicherheitsrats den Druck auf Iran verstärken soll.“ Dennoch sollte man die enorme Verstärkung des US-Militärpotenzials in der Golfregion und die wachsende Sorge der Öffentlichkeit in den westlichen Medien vor einem bevorstehenden US-Angriff nicht allein auf einen psychologischen Kampf zurückführen. „Wir sollten auch nicht vergessen, dass auch der psychologische Kampf einen Teils des Krieges bildet.“

Der Politiker forderte seine für die Außenpolitik zuständigen Kollegen auf, „alle Potenziale und Sachkenntnis einzusetzen, vernünftig zu agieren und Provokationen zu unterlassen“, um Gefahren abzuwenden und gleichzeitig das Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie fortsetzen zu können.

Saudi-Arabien warnt Iran vor möglichem US-Angriff

König Abdullah von Saudi-Arabien hat den iranischen Staatschef Mahmud Ahmadinedschad davor gewarnt, die Gefahr eines US-Angriffes zu unterschätzen. „Wir haben ihn gewarnt: Spielen Sie nicht mit dem Feuer“, sagte der saudiarabische Außenminister Saud el Faisal dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“, wie dieses am 30. März in seiner Internetausgabe berichtete. „Glauben Sie nicht, dass die Gefahr eines amerikanischen Angriffs auf Iran nicht besteht; gehen Sie davon aus, dass es

eine echte Gefahr ist, vielleicht sogar eine greifbare Gefahr.“

König Abdullah habe klare Worte mit Ahmadinedschad gesprochen, als er ihn Anfang März in Riad empfangen habe. „Warum wollen Sie das riskieren und Ihrem Land Schaden zufügen?“, habe der König seinen Gast bei dem Treffen gefragt, berichtete der Außenminister dem Nachrichten-Magazin. „Warum so eilig? Warum müssen Sie dieses Jahr Uran anreichern und nicht nächstes Jahr oder im Jahr darauf? Oder in fünf Jahren?“ Der König spreche offen mit jedem und habe Ahmadinedschad unverhohlen gesagt, dass dieser „arabische Angelegenheiten durchkreuze“, sagte Faisal. Der iranische Präsident mische sich im Irak ein, was in der arabischen und muslimischen Welt zu heftigen Reaktionen führe. „Andere muslimische Länder“ beschwerten sich über Iran, sagte Außenminister Faisal.

Im Übrigen sei es „eine Katastrophe“ für Iran, dass es derzeit 15 britische Marine-Angehörige festhalte. „So ein Problem können sie sich gerade nicht leisten“, sagte der saudiarabische Außenminister über Iran.

Umfrage: USA gefährlicher als Iran

Einer Umfrage zufolge halten 48 Prozent der Deutschen die USA für gefährlicher als Iran. Lediglich 31 Prozent sind der Ansicht, die Islamische Republik Iran bedrohe den Weltfrieden mehr als die USA. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag des Hamburger Magazins Stern vom Forsa-Institut durchgeführten Umfrage. 15 Prozent der Befragten vertraten die Auffassung, dass von beiden Staaten die gleiche Gefahr ausgehe. Befragt wurden 1.003 Bürgerinnen und Bürger.

Eine Mehrheit von 72 Prozent der Deutschen gab zudem dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck Recht, der die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Europa ablehnt. Das System soll die USA vor einem potenziellen Angriff iranischer Raketen schützen. Becks Position wurde von 80 Prozent der SPD-Anhänger unterstützt, aber auch von 62 Prozent der CDU/CSU-Anhänger. 54 Prozent aller Befragten erklärten, die US-Pläne bedrohten den Frieden in Europa.